

«Wir wollen wirtschaftlich offen, politisch selbstbestimmt bleiben»

Die Unternehmerin Sara Hürlimann erklärt, was die Schweiz stark macht und weshalb Frauen im Kampf gegen die EU-Verträge aus der Deckung kommen sollen.

Marcel Odermatt

Zürich

Jetzt geht es langsam um die Wurst. Der Ständerat befasst sich in der Herbstsession mit den neuen EU-Verträgen, danach ist die grosse Kammer im Bundeshaus am Zug. Gut möglich, dass der schicksalhafte Urnengang noch vor den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2027 vor das Volk kommt.

Sara Hürlimann ist Unternehmerin, promovierte Zahnärztin und Mutter von fünf Kindern. Sie ist in Schweden aufgewachsen und kam später in die Schweiz. Sie hat unter anderem zahnarztzentrum.ch mitgegründet und mehrere weitere Unternehmen im Gesund-

«Bei dieser Abstimmung geht es vor allem um die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.»

heitsbereich aufgebaut. Zusammen mit ihrem Mann ist sie zudem Inhaberin von Werap mit Hauptsitz in Bubikon.

Seit dem Frühjahr engagiert sie sich auch politisch. Zusammen mit den beiden FDP-Politikerinnen Karin Faes, ehemalige Aargauer Grossrätin, und Phyllis Scholl, Gemeindepräsidentin von Kilchberg, hat sie «herVoice» gegründet, eine Frauenbewegung, die sich gegen die neuen EU-Verträge stellt. Hürlimann will damit vor allem Frauen erreichen, die sich beim Thema EU-Verträge noch nicht festgelegt haben. Wir treffen die 54-Jährige in ihrem Kinderarztzuhause im Zürcher Seefeld neben dem Opernhaus.

Weltwoche: Frau Hürlimann, Sie sind stark unternehmerisch engagiert und Mutter von fünf Kindern. Sie haben alle Hände voll zu tun. Warum engagieren Sie sich ausgerechnet jetzt gegen die geplanten Abkommen mit der EU?

Sara Hürlimann: Es ist eine Jahrhundertentscheidung, die weitreichende Konsequenzen haben wird – nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch für unseren Alltag, unsere Gesellschaft und die Schweiz, wie wir sie kennen. Vor allem geht es um die Zukunft unserer

Kinder und Enkelkinder. Als gebürtige Schwedin bewundere ich die direkte Demokratie der Schweiz. Sie macht jeden Schweizer Bürger ein Stück weit zum Politiker. Wir sind nicht einfach Zuschauer unseres Staates, sondern Teil des Staates. Wir haben die Möglichkeit, über wichtige Fragen selbst zu entscheiden, und genau das schafft Vertrauen in den Staat. Dieses Gefühl der politischen Selbstwirksamkeit fehlt in vielen unserer Nachbarländer und auch in Schweden. Für mich steht mit diesen Verträgen deshalb auch die direkte Demokratie auf dem Spiel.

Weltwoche: Sie haben gezögert, sich politisch zu exponieren. Was hat den Ausschlag gegeben?

Hürlimann: Es gab mehrere Gründe. Ich habe in dieser Debatte bisher kaum Frauenstimmen wahrgenommen – obwohl Frauen 52 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten ausmachen. Leider ist es offenbar noch immer nicht salonfähig, sich kritisch zu den neuen EU-Verträgen zu äussern. Man hört häufig: «Wir sind doch weltoffen!» Aber Weltoffenheit und ein Nein zu diesem Vertragspaket schliessen sich für mich überhaupt nicht aus. Viele Unter-



«Es ist eine Jahrhundertentscheidung»: Zahnärztin Hürlimann.

nehmerkollegen sagen mir zwar, dass sie meiner Meinung seien, haben aber Angst, dies öffentlich zu sagen. Ich möchte zeigen, dass man nein sagen und gleichzeitig weltoffen, international vernetzt und wirtschaftsfreundlich bleiben kann. Und ich mache es auch für meine Kinder. Ich möchte mir später nicht vorwerfen müssen, mich nicht gewehrt zu haben, obwohl ich überzeugt war, dass diese Entscheidung für die nächste Generation falsch sein könnte.

Weltwoche: Sie argumentieren stark aus unternehmerischer Sicht. Was ist aus Ihrer Sicht das grösste wirtschaftliche Risiko der neuen Verträge?

Hürlimann: Risiken sehe ich viele. Man muss zunächst bei dem anfangen, was die Schweiz ausmacht und wirtschaftlich stark macht. Gemäss den neusten Seco-Zahlen ist das Schweizer BIP im zweiten Quartal um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal beziehungsweise um 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Das ist deutlich mehr als das Wachstum der EU von rund 0,5 Prozent. Diese Stärke ist kein Zufall. Sie ist das Ergebnis einer Kombination aus wirtschaftlicher Freiheit und Eigenverantwortung, vergleichsweise tiefen Steuern, guter Infrastruktur, einem stabilen Sozialstaat und vor allem einem liberalen Arbeitsmarkt. Dazu kommt eine im internationalen Vergleich immer noch schlanke Bürokratie – auch wenn diese während der letzten zwanzig Jahre, seit ich unternehmerisch tätig bin, bereits massiv zugenommen hat. Die neuen Verträge drohen eine Flut zusätzlicher Gesetze und Auflagen zu bringen. Unternehmer in der ganzen EU warnen seit Jahren davor, dass immer mehr Bürokratie die wirtschaftliche Dynamik hemmt. Und wir dürfen nicht vergessen: Auch die Schweiz selbst wird ihre Verwaltung ausbauen müssen, um diese Verträge umzusetzen. Der Staat wächst bereits heute schneller als die Privatwirtschaft. Das halte ich für einen sehr besorgniserregenden Trend.

Weltwoche: Die Befürworter sagen das Gegenteil: Die Verträge schafften Rechtssicherheit, sicherten den Marktzugang und verbesserten die Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen. Warum überzeugt Sie das nicht?

Hürlimann: Weil der Preis dafür zu hoch ist. Von Rechtssicherheit kann man aus meiner Sicht nicht wirklich sprechen, wenn wir nicht nur bestehende Regeln übernehmen, sondern uns gleichzeitig zu einer dynamischen Übernahme zukünftiger EU-Gesetze verpflichten. Wir sehen bereits heute Beispiele dafür, wie sich Regelungen nachträglich verändern können. Ein aktuelles Beispiel ist die Regelung zur Arbeitslosenentschädigung für Grenzgänger, die für die Schweiz erhebliche zusätzliche Kosten verursacht. Noch problematischer ist: Wenn wir künftig eine neue EU-Regelung nicht übernehmen wollen oder können, haben wir deut-

lich weniger Handlungsspielraum. Am Ende können Ausgleichsmassnahmen – also faktisch Sanktionen – die Folge sein. Für mich ist das keine gleichberechtigte Partnerschaft.

Weltwoche: Die EU ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Schweiz. Ist es realistisch, auf Distanz zu gehen, ohne dass Schweizer Unternehmen darunter leiden?

Hürlimann: Ich unterschreibe keinen Vertrag, nur weil ich Angst habe, bestraft zu werden, wenn ich ihn nicht unterschreibe. Ich unterschreibe einen Vertrag dann, wenn ich überzeugt bin, dass er für die Schweiz gut ist. Und bei diesem Paket habe ich grosse Zweifel. Wir haben Freihandelsabkommen seit 1972,

«Traurig macht mich, wie wenige Frauen sich bisher trauten, ihre Meinung und Zweifel zu äussern.»

dazu die Bilateralen I und II. Die wollen wir nicht kündigen, wir wollen nicht auf Distanz gehen. Warum muss die Schweiz beispielsweise Kohäsionsbeiträge an die EU bezahlen, um überhaupt Teil dieser neuen Vereinbarung sein zu können? Das verstehe ich nicht als Partnerschaft auf Augenhöhe.

Weltwoche: Damit zur entscheidenden Frage: Was ist Ihre Alternative? Wie soll die Schweiz ihre wirtschaftliche Beziehung zur EU organisieren, wenn sie dieses Vertragspaket ablehnt?

Hürlimann: Die Alternative zu den Bilateralen III ist nicht Isolation. Die Alternative ist eine andere Art von Europa-Politik: wirtschaftlich offen, politisch selbstbestimmt. Wir akzeptieren, dass Marktzugang etwas kostet – die Bilateralen III kosten auch –, aber wir wollen diese Kosten vertraglich, sektoral und demokratisch kontrolliert gestalten.

Weltwoche: Im Frühjahr haben Sie «herVoice» mitgegründet. Was hat Sie mehr überrascht: Wie viele Frauen Ihnen zustimmen – oder wie viele sich nicht trauen, öffentlich nein zu sagen?

Hürlimann: Ich bin positiv überrascht über das grosse Interesse und darüber, wie viele Frauen sich mit unseren Argumenten auseinandersetzen. Etwas traurig macht mich allerdings, wie wenige Frauen sich bisher trauten, ihre Meinung oder auch nur ihre Zweifel öffentlich zu äussern. Gerade deshalb braucht es «herVoice». Unser Ziel ist nicht, uns von anderen politischen Gruppierungen abzugrenzen. Wir sind eine unpolitische grassroots-Bewegung von Frauen. Wir wollen mit Frauen in Dialog treten und erklären, warum wir Zweifel an den neuen EU-Verträgen haben – unabhängig davon, ob diese Frauen bei anderen politischen Themen eher links oder rechts stehen. Es geht uns nicht um Parteipolitik. Es geht uns um diese konkrete Entscheidung und

um die Frage, welche Konsequenzen sie für unser Land und insbesondere für die nächste Generation hat.

Weltwoche: Wenn Sie zehn Jahre vorausschauen: Was muss die Schweiz heute richtig machen, damit sie auch dann noch ein attraktiver Standort für Unternehmerinnen und Unternehmer ist?

Hürlimann: Wir müssen unsere Eigenständigkeit bewahren und das, was uns ausmacht: die direkte Demokratie. Wir müssen nein zu den Bilateralen III stimmen – davon bin ich überzeugt. Die Schweiz darf ihren Wohlstand nicht einfach verwalten, sie muss ihre Standortvorteile für die nächste Generation erneuern. Die Schweiz startet dabei aus einer sehr guten Position: starke Institutionen, hohe Produktivität, ein exzellentes Bildungs- und Forschungssystem und eine hohe internationale Vernetzung. Der IWF sieht diese Faktoren als zentrale Stärken der Schweiz. Steuern müssen wettbewerbsfähig bleiben. Die Schweiz muss auch 2035 ein Land sein, in dem es sich lohnt, ein Unternehmen aufzubauen, Gewinne zu reinvestieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Wir müssen Fachkräfte gewinnen und die eigenen Talente besser ausbilden. Wir werden nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte allein aus der Schweiz bekommen. Wir brauchen deshalb eine Kombination aus erweiterter Berufsbildung statt Akademisierung, höherer Erwerbsbeteiligung und einer intelligenten Zuwanderungspolitik.

Fakten statt Meinungen

Präsentiert vom Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik IWP

Meinung:
«Die Herkunft zählt mehr als die Leistung.»

Fakt:
«In der Schweiz bestimmt der familiäre Hintergrund nur 16 Prozent der Einkommensunterschiede (USA: 49 Prozent).»

Quelle:
Bühler et al. 2026, Mazumder, 2008

IWP Mehr Fakten und Hintergründe:
www.iwp.swiss/facts